

amten der Polizei durch wiederholte Bekehrungen auf den vorschriftsmäßigen Gebrauch des Polizeiknüppels hinzuwirken sind!

Der Siegeszug des Gummiknüppels ist der „Siegeszug“ des deutschen Proletariats. Als die Herren Arbeiterführer zur Macht kamen, setzten sie die rebellierenden Proletarier mit Minenwerfern und Kanonen nieder. Den elenden Rückzug der Arbeiter beherrschten die Herrn nachziehenden Gewerkschaftsführer dadurch, daß sie die „Reihe und Ordnung“ nur noch mit Maschinengewehren und Handgranaten aufrechterhielten. Als die Proletarier so kurre waren, daß sie nur noch mit dem Hut in der Hand zum Rathaus und zu den sonstigen Verhandlungsstellen hinführen wurden, wurden jeweils die Vorposten mit dem Bajonett niedergestochen. Jetzt ist der Gummiknüppel hinreichend.

Der Gummiknüppel ist die Waffe, die in der Reihenfolge hinter der Handfläche rangiert. Damit ist dem deutschen Proletariat sein Platz in der Geschichte angewiesen — gleich hinter den Hunden, wenigstens bezüglich der Züchtigungsmethoden. In Bezug auf die Qualität der Abfütterung hat das deutsche Proletariat diesen Posten längst freiwillig bezogen.

In Kolberg rumpelten einige besoffene Hakenkreuzlinge die Badegäste an. Diese ergriffen die Lumpchen, legten sie über's Knie und klopfen ihnen die Hosens voll und warfen die Hakenkreuze (nicht die Träger) in die Ostsee. — Die demokratische Polizei des Sozialdemokraten Severing erließ darauf folgende Verfügung:

„Das Abreißen von Abscheulichkeiten ist unter allen Umständen strafbar. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo besonders jungen Leute Verleumdungen oder sonstige Verleumdungen entlassen werden. Wir empfehlen, denartige Verleumdungen sofort bei der Polizei anzuzeigen, damit die Täter wegen Diebstahls bzw. Raubes zur Verantwortung gezogen werden können.“

Daß die untergebenen Polizeibehörden mehr von den Gesetzen verstehen sollen, wie ihre übergebenen sozialdemokratischen Minister, kann man natürlich nicht gut verlangen. Diebstahl bzw. Raub liegt nur dann vor, wenn dem Täter die Absicht zu Grunde lag, sich fremde bewegliche Sachen anzueignen, um sich einen Vermögensvorteil zu schaffen. Das Vorgehen der Kolberger Badegäste ist demnach gestattet und zur Nachahmung empfohlen.

### Indes . . .

„Indes“ ist ein schönes Wort. Oft und oft müssen es unsere Genossen hören, wenn sie mit irgend einem ganz oder halb bürgerlich denkenden Menschen debattieren. „Gewiß, der Kommunismus wäre ja eine schöne Sache — indes . . .“ — helfen kann er uns nicht. Und der Versuch seiner gewalttätigen Einführung würde ja das Chaos nur vergrößern usw.“ Diese Antwort erhält man von sogenannten „Wohlmeinenden“ fast jedes Mal, und sie ist geradezu typisch für diese Sorte Menschen, deren A und O ihre eigene individuelle Existenz ist, die schließlich wahrnehmen, daß die bestehende Wirtschaftsordnung nicht das letzte Wort der Entwicklung ist, auch daß der Übergang in eine neue Gesellschaftsordnung nicht ohne Kampf erfolgen wird, daß eine Wüstenwanderung, gleich der des Volkes Israel, notwendig ist, um das gelobte Land zu erreichen, die aber um Gottes Willen doch diesen Kampf solange aufschoben möchten, daß sie nicht mehr persönlich hineingezogen werden können. Um alles in der Welt möchten sie doch noch ihr eigenes kleines, privates Leben so ruhig wie möglich zu Ende leben mit dem Gefühl: „Nach uns, wenn's sein muß, die Sintflut!“

Darum ist es auch kein Wunder, daß dieses „Indes“, dieses typische Wort dieser Quäler (Reihe um jeden Preis Liebenden) in der Revolution wiederkehrt, die die Sozialistische Arbeiter-Internationale, London (S.A.I.) und der Internationale Gewerkschaftsbund, Amsterdam (I.G.B.) am 14. Juli zum Problem der Reparation und der Verteidigung des Achtstundentages faßten. Die Resolution stellt zuerst fest, daß der Sachverständigenplan zwar „der deutschen Arbeiterklasse ungleich schwerere Lasten auferlegt als dem kapitalistischen Klassen Deutschlands, und daß die deutsche Reichs-Eisenbahnverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes ausgesetzt wird“ und daß es „aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine den Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale anzusehen.“

Dann aber kommt natürlich das „Indes“. „Indes würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion (des Sachverständigen-Gutachtens) nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das Schlimmste verschärfen.“ Also muß man sich doch für die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens einsetzen, trotzdem damit den Arbeitern Deutschlands so ungleich schwere Lasten auferlegt werden. Denn sonst könnte in der noch mehr verschärften Krise Europas schließlich der ganze Apparat der kapitalistischen Wirtschaft in Trümmer gehen; mit ihm aber gingen auch die zu ihm gehörenden Teile, der I.G.B. und S.A.I. in Schanden. Also ist es für diese „Volksvertreter“ immer noch das kleinere Übel, wenn der deutsche Arbeiterklasse noch so unerträgliche Lasten auferlegt werden, denn sie entscheiden hier nach den Worten des Herzogs de la Rochefoucauld: „Wir haben immer genug Kraft, um die Leiden anderer zu ertragen.“

Während man sich aber hier krampfhaft bemüht, die demokratische Kulluse der kapitalistischen Welt aufrecht zu erhalten und davon fabelt, daß nun endlich „an die Stelle des Diktates das System der Verhandlungen gleichberechtigter Völker“ treten sollte, weiß man ja ganz genau, daß diese Forderungen trügerisch sind wie eine fata morgana (Luftspiegelung). In der gleichen Nummer des „Vorwärts“, die diesen Konferenzbericht bringt, steht unter „Gewerkschaftliches“ ein Artikel „Kapitalistischer Unfähigkeit“, in dem die Unfähigkeit des Kapitalismus zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft auf das Klarste dargelegt wird. Es wird der verrotten Zustand der deutschen Wirtschaft aufgeschildert, die ein Musterbeispiel der Ausprägung der kapitalistischen Anarchie ist. Derselbe Verfasser bringt es aber dann fertig, nochmals die Arbeiter aufzufordern, „alle Tatkraft daran zu setzen, die Unternehmer zu zwingen, ihre Betriebe zu modernisieren, sie auf kurze Arbeitszeit und hohe Löhne einzustellen.“ Wie sich der kleine Motz das des Näheren vorstellt, verrät er nicht. Immerhin aber ist es eine geeignete Portion Frechheit, heut dem deutschen Arbeiter noch mit denselben Phrasen zu kommen, mit denen man ihn vor sechs Jahren, zur Zeit der so heutig marschierenden Sozialisierungskiderte, als man auch „die deutschen Kapitalisten ein zwingen wollte, die durch den Krieg zerstörte deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen.“ ehe man die Sozialisierung auf diese Wirtschaft losließ. Es sind demnach wie heut dieselben Phrasen und dieselben Phrasenmacher. Im Grunde ihrer Seele aber wissen sie recht wohl, daß diese „Unfähigkeit“, die sie da kritisieren, eben ein konstitutionelles Übel des Kapitalismus ist, der sich nicht spalten läßt in „aufbauend“ und „schaffendes“ Kapital, der eben immer daran arbeitet, mit möglichst geringem Einsatz den möglichst höchsten Profit herauszuwirtschaften. Und so lange er noch um den Knochen der deutschen Arbeiter seinen notwendigen Profit herauspressen kann, hat er es nicht nötig, sich um „Modernisierung der Betriebe“ usw. zu kümmern. Läßt sich

## Groß-Berlin 3 öffentliche Versammlungen

Sonntag, 3. August, vorm. 10 Uhr

Norden  
Pharus-Säle, Mäullerstraße  
Osten  
Königsbaum, Große Frankfurter Str.  
Neukölln  
Karlsplatz, Karlsplatzstraße

Thema:  
Junge Huren — alle Besschweflern  
Pazifistische Friedensdumferei oder  
proletarischer Klassenkampf

Proletarier und Proletarierinnen, erhebt in Massen!

aber die Arbeiterschaft nicht mehr als Heizmaterial des Molochs Kapital gebräutet, dann ist ihre Aufgabe anders umschreibbar, als die Biegeschmiede des „Vorwärts“ sie stellen möchte: Nicht um Modernisierung ihrer Ketten kämpft sie dann, sondern sie zerreißt sie!

## A u s l a n d

### BRASILIEN

Die Lage der Arbeiterschaft. (Schluß)  
Trotz der wirtschaftlichen Blüte, die aber ausschließlich den Großgrundbesitzern sowie dem Industrie- und Handelsmagnaten zugute kommt, ist die Lage der Massen eine klägliche. Besonders haben die Arbeiter unter der wachsenden Teuerung zu leiden. Legt man den Preisen im Dezember 1912 die Zahl 100 zugrunde, so erhalten wir für die Nachkriegsjahre folgenden Teuerungssatz: Januar 1920: 246, Dezember 1920: 259, Januar 1921: 271, Dezember 1921: 280, Januar 1922: 290, Dezember 1922: 338, Januar 1923: 296, Dezember 1923: 301, Januar 1924: 308. Die Verhältnisse haben inzwischen eine weitere Verschlechterung erfahren. Einige Gegenstände sind im Vergleich zu 1914 um 400 bis 600 Prozent im Preise gestiegen.

Kulturell und hygienisch bestehen für die Arbeiterschaft geradezu trostlose Verhältnisse: politische Rechtslosigkeit, moralische Degeneration, wirtschaftliche Verklammerung, Alphabetismus (90 bis 95 Prozent), religiöser Fanatismus, Krankheiten aller Art wie Tuberkulose, Tropenfeber, Syphilis usw. sind die Hauptkrankheiten, die besonders stark bei den Landarbeitern in Erscheinung treten. Diese sind ausgesprochene Parasiten der Gesellschaft und werden auf ein geradezu tierisches Lebensniveau herabgedrückt. Verhältnismäßig gut sind die Verhältnisse für die Kleinbauern, die namentlich im Süden Brasiliens vorherrschend sind. Dort hat sich ein ziemlich starkes Arbeiter-Gewerkschaftswesen entwickelt. Die meisten Bauern sind russischer, deutscher, polnischer und italienischer Herkunft. Die dritte große Gruppe der wirtsch. Bevölkerung bilden die Arbeiter der Kaffeeplantagen in Sao Paulo. Diese sind hauptsächlich Spanier oder Italiener und werden ganz ungemein ausgebeutet. Sehr zahlreich sind ferner die Viehknocche in Nordbrasilien und in den Pampas, die geistig und physisch verhältnismäßig leidend entwickelt, aber politisch äußerst rückständig sind.

Die Arbeiterschaft in den großen Industriezentren beträgt 8 bis 10 Stunden. In der Textilindustrie, wie übrigens auch in der Landwirtschaft, sind außerordentlich zahlreich Frauen und Kinder beschäftigt, die ganz knurrend ausgebeutet werden. Die Löhne sind äußerst niedrig. In den Großstädten schwanken sie zwischen 3 bis 4 und 12 bis 16 Milreis wöchentlich. Die Vorseger der Regierung auf sozialem Gebiet besteht lediglich in unzureichender Bereitstellung der Polizei. Ihre Politik ist erzkonzernistisch. 1907 erließen in Brasilien ein die Organisation von Gewerkschaften und Genossenschaften nach dem Muster des französischen Gesetzentwurfes Waldeck-Rousseaus regelndes Gesetz, das aber nie angewandt wurde. Im gleichen Jahre kam ein Gesetz heraus, das die Landesverwaltung miltärischer Ausländer gestattete und von den Behörden namentlich gegen die Anarchisten benutzt wurde. Zurzeit beschäftigt sich das Parlament mit einem Entwurf, der die Pressefreiheit knebelt und scharfe Strafmassnahmen für politische Verbrechen vorsieht. Es besteht eine besondere parlamentarische Kommission für soziale Gesetzgebung, die sich seit fünf Jahren rein nur mit theoretischen Studien beschäftigt. Vor einiger Zeit hat die Bundesregierung einen Landesrat für Arbeit eingesetzt, dessen Hauptaufgabe es ist, Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schlichten. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Regierung, die Vertreter werden annahmehalbig, also auch die der Arbeiter, von der Regierung ernannt.

Die ersten Arbeiterorganisationen entstanden bald nach der Ausrufung der Republik. Sie waren natürlich nicht die Spur revolutionär, wurden auf Veranlassung der kleinbürgerlichen Liberalen gegründet und zeigten die typischen Merkmale enger Berufsvereinigungen. Der grandiose Textilarbeiterstreik in Rio de Janeiro im Jahre 1908 bildete den Wendepunkt in der Arbeiterbewegung. Das proletarische Klassenbewusstsein den Massen begann zu erwachen. 1906 fand der erste Arbeiterkongress in Rio de Janeiro statt. Da die meisten Kongreßteilnehmer Anarcho-syndikalisten waren, übten sie lange Jahre einen beherrschenden Einfluß auf die revolutionäre Bewegung aus. Auf diesem Kongress wurde die Arbeiterkonföderation Brasiliens aus der Taufe gehoben, der die Vereinigten Gewerkschaften Rio de Janeiro (14 Verbände), Bahia (3 Verbände), Sao Paulo (12 Verbände), Santos (2 Verbände), sowie die Gewerkschaften Rio Grandes do Sul und verschiedene andere kleinere Organisationen beitraten. Die Konföderation konnte sich aber nicht genügend entfalten, jedoch gelang es ihr, einige bemerkenswerte Aktionen durchzuführen, so Ende 1908 eine energische Kampagne gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, gegen die Gefahr eines Krieges mit Argentinien, sowie 1909 große Massenmeetings gegen die Hinrichtung Ferrers in Spanien.

Ende 1913 wurde die Konföderation reorganisiert. Im September 1913 fand der 2. Kongress statt, an dem 117 Delegierte

teilnahmen, die insgesamt 60 Arbeiterorganisationen vertraten. Obwohl dieser Kongress die allgemeine Aufmerksamkeit erregte, wies er organisatorisch keine neuen Wege, ideologisch war er ein getreuer Abklatsch seines Vorgängers von Jahre 1906. Nach dem 2. Kongress gelang es der Konföderation weitere 70 Gewerkschaften zum Anschluß zu bewegen. Sie konnte aber dadurch ihre Lage nicht festigen. So lagen die Verhältnisse als der Weltkrieg ausbrach. Jetzt wurde die Konföderation aktiv. Von Ende 1914 bis Ende 1915 beteiligte sie sich außerordentlich rühlig an den auf Veranlassung der Anarchisten in ganz Brasilien, hauptsächlich jedoch in Rio de Janeiro, veranstalteten Demonstrationen gegen den Krieg. Die antimilitaristischen Kundgebungen fanden ihren Höhepunkt in einem Massenmeeting am 1. Mai 1915. Den Abschluß dieser Bewegung bildete der Anarchistenkongress im Oktober 1915 in Rio de Janeiro, an dem neben Anarcho-syndikalisten auch die anarcho-syndikalistischen Organisationen Argentinien und Uruguayas sowie Spaniens und Portugals teilnahmen. Praktische Resultate ergab dieser Kongress nicht, außer vielleicht einer Proklamation, die zur Einheit der Arbeiterklasse aufrief. In den nächsten beiden Jahren stagnierte die Arbeiterbewegung sodann vollständig.

Mitte 1916 barchen in Sao Paulo zwei spontane Streiks aus. Zwei bis drei Tage waren die Arbeiter Herren der Stadt. Diese Bewegung wurde zwar schließlich von der Polizei unterdrückt, fand jedoch im ganzen Lande starken Widerhall. In Rio de Janeiro, Sao Paulo, Pernambuco, Bahia und Rio Grande entstanden neue Arbeiterverbände. Diese organisatorische und agitatorische Periode erreichte ihren Höhepunkt nach der russischen Revolution. Am 18. November 1918 versuchten die Anarchisten einen Aufstand zu entfesseln, der jedoch von der Regierung brutal niedergeschlagen wurde. An der Maidemonstration 1919 nahmen in Rio de Janeiro 60.000 Arbeiter teil. In allen Städten Brasiliens brach ein Streik aus, sodaß Regierung und Bourgeoisie Konzessionen machten, um die Bewegung einzudämmen. In der Industrie wurde der Achtstundentag eingeführt, die Löhne erhöht und verbesserte Unfallvorschriften geschaffen. Der letzte große Streik dieser Periode war der große Eisenbahnerstreik, dem die Arbeiterschaft von Rio de Janeiro durch Generalstreik unterstützte.

Der Einfluß der russischen Oktober-Revolution und die Erfahrungen der letzten Kämpfe haben einen tiefen Eindruck in der Arbeiterbewegung Brasiliens hinterlassen. Die besten Vertreter des Anarcho-syndikalismus überzeugten sich letzten Endes von der Zwecklosigkeit ihrer früheren Taktik, die sie nunmehr einer Revision unterzogen. Seitdem kann man in Brasilien von einer kommunistischen Bewegung sprechen (1921). Es setzte daraufhin eine Massenflucht aus den Gewerkschaften ein. Der 3. Arbeiterkongress der 1921 stattfand, nahm zur Frage des Anschlusses an die 3. Internationale eine abwartende Stellung ein. Er hat alsdann eine Exekutivkommission eingesetzt, aber eine Reorganisation als verfehlt abgelehnt.

Die Jahre 1921 bis 1923 standen im Zeichen allgemeiner Depression und Enttäuschung. Ende 1923 und Anfang 1924 setzte wieder eine Neubelebung in der Arbeiterbewegung ein. Dies kann nur erfreulich sein, da bei der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft insbesondere in Amerika, es auf die Proletarier auch in Brasilien ankommt und sie dann eine ausschlaggebende Rolle zu spielen haben.

## Mitteilungen

GROSS-BERLIN  
Achtung! Bezirksführer! Am Montag, den 28. Juli findet keine Sitzung statt. Vollständiges und plänkliches kombiniertes Sitzung ist Pflicht.

Mittwoch, den 30. Juli, abends 7 Uhr  
Kombinierte Sitzung der Funktionäre der Partei und Unions  
Lokal: Boekers Festsaal (Kleiner Saal).

Freitag, den 1. August, abends 7 Uhr  
Gemeinsame Versammlung der Partei- und Unionsgenossen in ihren Wohnbezirken. Die Beiträge für die Union werden am Donnerstag, den 31. Juli in den Arbeitsbezirken entrichtet.

5. Unterbezirk: Kombinierte Mitteilerversammlung der K.A.P. und A.A.U. am Freitag, den 1. August bei Krüger, Kuglerstraße 3.

Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Fritz Weiland, Berlin-Pankow. — Druck: Buch- und Kunstdruckerei Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

## Abonnements-Annahme-Stellen für die K.A.Z. in Groß-Berlin:

- Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
- „Szomor, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
- „B. Gosciniak, Norweger Straße 40, Laden.
- Osten: H. Dorpa, Samariter-Straße 28, Stifg. III.
- „K. Herhold, Lichtenberg, Talmischmidstraße.
- „Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 43.
- Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
- „Karl Voigt, SO, Grinamer Straße 7.
- „Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
- Südwesten: Tuschling, Mückenstraße 112.
- Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6.
- Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Straße 43.
- Soksdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
- Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
- Coppenick: W. Heiland, Schönereinder Straße 9.
- Grünau: Karl Pötzer, Coppenicker Straße 92.
- Karlshorst: Klump, Junker-Jick-Straße 26.
- Königs-Wusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
- Neowawe: Ernst Gabel, Groß-Boeren-Straße 12.
- Pankow: Hans Liese, Dammow-Straße 45.
- Rosenthal: Th. Jahnke, Edelweissstraße 26, II.
- Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
- Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

## Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Name \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
Der Bestellzettel ist als Drucksaab oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 43, zu senden.



# Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1924  
Alle Zahlungen auf Postkontokonto: Berlin NW 1, Nr. 490 29  
(Bank-Zahlung für Arbeiter-Löhner, Berlin O 17, Warschauer Straße 9)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Strichband durch die Post halbmöndlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. Belegungswoche 20. jeden Monats.

Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

## Neuen Kämpfen entgegen

## Der Kampf um die zweite Etage

Immer mehr gestaltet sich die Wirtschaftslage der deutschen Republik. Die Bourgeoisie, in die Zwangslage der Geldknappheit durch die Zwangstabilisierung versetzt, geht mit Rücksichtloser Konsequenz vor und zerstört zum Schrecken aller Kleinbürger die, ach, so schöne Melodie von den gleichen Pflichten, die gleiche Lasten bedingen.

Wenn der „Vorwärts“ vom 1. August von einer „Kriegserklärung der Scharfmacher“ und vom „Volksverrat der Arbeiterverbände“ spricht, so beweist er damit zum omden abhandlungsgemachten ist und die Schicksale dieser Klasse ihren nie umgehenden Stunat nicht mehr gewahr werden.

Doch ab und zu plaudern diese Burschen aus der Schule. Würden die Proletariat, die noch den „Vorwärts“ lesen, weil er Tradition hat und schließlich auch mit Rosa Luxemburg im Redaktionsstab saß, etwas kritisch werden, so könnten sie es auf die Dauer einfach nicht ertragen. So schließt der Artikelsschreiber in seltener Ehrlichkeit, die syntische Frechheit ist, mit folgender Feststellung:

Bisher haben die Scharfmacher sich von den Lasten des verlorenen Krieges gedrückt, und unter dem Vorwand der Unmöglichkeit der deutschen Verpflichtungen die deutsche Arbeiterschaft verurteilt. Nun ist diese Taktik am Ende, nun sollen sie selbst die Lasten übernehmen. In diesem Augenblick kündigen sie einen neuen Forderungsetzungs gegen die Arbeiterschaft an, der rückwärts zu den sozialen Verhältnissen in allen Ländern. Dieser Forderungsetzungs des deutschen Arbeiters Entbehrungen zu, die nicht einmal das Sachverständigenurteil von ihnen fordert. Das ist nationaler Verrat an der großen Masse des deutschen Volkes.

Echt „Vorwärts“! Er vermutet von seinem Lesern, die nach Arbeiterkreisen angehören, daß sie nicht mehr wissen, daß es Sozialdemokraten sind, die als Schlichter Schiedsprüche gefällt haben und für verbindlich erklärt, die eine Bestätigung Arbeitstretts vorsehen. Sozialdemokrat Mehlisch bedient sich sagt genug.

Der „Vorwärts“ tut, als wenn es keine Sozialdemokratie gegeben hat, die des Ermächtigungsgesetzes zustimmte und sogar den einen weißen Raben aus ihrer Mitte anschoß, weil er es nicht tat.

Der „Vorwärts“ schreibt frank dratlos, als wenn es keine Sozialdemokratie nach dem November 1918 gegeben hätte, die mit Hilfe des weißen Gardes alle Versuche des Proletariats, den Kapitalismus zu stürzen und die eigene Welt zu errichten, im Blute ersticken half. Die weitere die technische Nothilfe organisierte, dann die Gewerkschaften zu organisieren Streikbrecherorganisationen ausbaute, indem sie alle Streiks, die dem Unternehmertum nicht genehm waren, für wild erklärten, und ihre Anhänger zum offenen Streikbruch verpflichtete. Die Sozialdemokratie, die heute noch tois auf ihre Würdevolligkeit ist und die heute noch in Gerichten für hohe Terrorurteile gegen revolutionäre Proletariat eintritt. Gegen Arbeiter, die der Sozialismus und Kommunismus nicht ein Mittel ist, um sich eine gute bürgerliche Existenz auf Kosten ihrer geschundenen Klassenangehörigen zu gründen, um dann als eitle, feiste Bürger über die Verwilderung und Verwahrlosung und Stupidität der Massen die Nasen zu rümpfen.

Nur einer sträflichen Gleichgültigkeit des Proletariats ist es zu verdanken, daß noch solche Kannillen in seinem Namen reden und schreiben und den Sozialismus durch die Gasse schreien dürfen. Doch alles radikale Getöse und vaterländische Gewinnsucht wird die Bourgeoisie nicht abhalten, daß sie tun, was sie auf Grund der ökonomischen Gesetze tun muß. Die Entwicklung der kapitalistischen Welt verlangt im Interesse des Profits, daß die Rückständigkeit der Industrie eines Landes durch längeres und stärkeres Schaffen ausgeglichen wird, da ja sonst kein Wettbewerb möglich ist. Auch ohne Einmischung des deutschen Kapital in seinem Lebensinteresse, d. h. Profitinteresse, einen Teil seiner Sklaven zu erhitzen anarbeiten und den anderen mit Sklavenzwangsarbeit für elende Planaige den Friedhöfen und Urnenhäusern näherbringen. Nun kommen für die deutschen Mehrwertbesten noch zwei verlorene Kriege hinzu, das große Stahlbad von 1914 bis 1918 und dann der Ruhrkrieg 1923, deren Kosten im kapitalistischen Profitssystem immer nur das Proletariat zu tragen hat.

Dumme, läche Phrase ist es noch vom Reptil, wenn es vom Volksverrat der Arbeitgeberverbände spricht. Nach Marx weiß jeder Proletariat, auch die Kulis des „Vorwärts“ wissen zu, daß die ganze Menschheitsgeschichte, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist.

Daß es auf der kapitalistischen Welt nur zwei Klassen gibt, eine ausbeutende und eine ausgebeutete. Wir wissen so und nicht anders handeln kann. Daß der Lohnabbau, die Verlängerung der Sklavenfron, auch manchmal von bürgerlichen Narren oder gekauften Arbeiterstrichen „freie Arbeit“ genannt, sowie die Beseitigung aller Hemmnisse, die eventuell dem Profit hinderlich sein könnten, eine direkte kapitalistische Notwendigkeit sind. Darum werden auch Kämpfe kommen und kommen müssen, auch wenn das Proletariat jetzt noch die Stimme anerkennen sollte.

Schon ist in Pölnisch-Obererschlesien Generalstreik. Für deutsches Proletariat ist es schon die Bedingungen, die dem polnischen Proletariat jetzt aufzuerlegen werden sollen. Im Ruhrgebiet laufen auch bald die geäußerten Verträge der „freien“ Gewerkschaften ab, die nach wochenlangen demplinierten Zerwürfungsstadien den Bergarbeitern als Sieg empfunden wurden.

Dabei geht als Molekrantheit die Stilllegung der nicht genug rentablen Betriebe systematisch weiter. Teilweise erfolgen die Stilllegungen auch, um nach einigen Tagen einen Teil der Arbeiter bei längerer Arbeitszeit und schlechterer Entlohnung wieder neu einzustellen. Das zugeauge Elend rückt zum Teil die Proletariat in die Brutstätte der Schwinderei zurück. Die Arbeiteloseheit wächst lawinenhaft. Industrien, die sonst voll gearbeitet haben in diesem Jahreszeit, sind bald ganz stillgelegt. So die Zigarettenindustrie in H. Die im Winter tausendfach veränderte Baukonjunktur ist zurückgeblieben, trotzdem in jeder Stadt Abertausende von Proletariats in Mietslöchern zu wohnen gezwungen sind oder in engen Räumen so müßig vor sich zusammenschleichen, wie Herings in der Tonne, haufen müssen. Die Bourgeoisie als Klasse geht ihren Weg des Profits und der Erhaltung unentwegt. Zur Stärkung ihrer Klassenstellung kauft sie sich noch so und soviel Subjekte aus dem Proletariat und macht die selben zu ihrem extra bezahlten geistigen Lohnsklaven & in London in der „DAZ“ oder gibt ihnen Pfünden an ihrem Maschinentransport, dem Staat. Lebendige Beweise fürs letztere laufen, fahren oder reiten zu Tausenden in der „freien“ Republik der Erde umher.

Ebenso rücksichtslos, ebenso Klassenbewußt muß auch das Proletariat seinen Weg gehen. Nur wenn es erkennt, daß sein bisheriger Weg, den ihm die Gewerkschaften und parlamentarischen Führerparteien gewiesen haben, zugleich der Weg seines Klassenfeindes war, wird es in den kommenden Kämpfen sich aus der Abwehrstellung in die Angriffstellung begeben können. Wird es instande sein, seine ihm innerwohnende gigantische Kraft zur vollen Entfaltung und Nutzanwendung zu bringen.

Aus den Betrieben und Stempelmärkten heraus muß sich der Klassenkampfwillie des Proletariats in den revolutionären Aktionsanschüssen so müßig konzentrieren. Als Ausdruck des Klassenkampfwillens und des Kampfes der Arbeiterklasse werden die Vorläufer der revolutionären Räte sein, die das Herrschaftsinstrument der proletarischen Diktatur darstellen.

Nicht für oder gegen einen neuen Krieg, nicht für oder gegen das Sachverständigenurteil, sondern für oder gegen das Kapital und seiner Gesellschaftsorganisation lautet die Entscheidung heute und morgen und solange, bis das Proletariat seine geschichtliche Aufgabe erfüllt hat. Bis es die kapitalistische Profitwirtschaft zur kommunistischen, zur Bedarfswirtschaft, umgestaltet hat.

Das Proletariat darf sich durch kein Geschrei irgendwelcher Lokalen von seinem geraden Wege abbringen lassen, weder von den Schreien der „Nie-wieder-Kriegs-Apokalypse“, noch von den „Wahrern der Volksinteressen“, noch von den radikal sich gebärdenden „Rettern der Nation“.

Das revolutionäre Proletariat weiß, daß mit Gewalt allein keine neue Welt errichtet werden kann. Es weiß aber auch, daß die Gewalt die Geburtsstunde der, die Hörsamen jeglichen geschichtlichen Werdens ist. Die Bourgeoisie wird mit Klauen und Zähnen ihr Privatvermögen an den Produktionsmitteln verteidigen. Sie wird dabei über Berge von Proletariatbluteln hinwegschreiten, wie sie es ja schon zu tausenden Malen bewiesen hat. Alles auszuweichen wollen, alles nicht erkennen wollen wird der proletarischen Klasse nicht nutzen. Sie wird zur Stellungnahme gezwungen. Schon lassen sich die neuen Kämpfe am Horizont der Geschichte erkennen, daß es Entscheidende, daß es Machtkämpfe werden, bei denen sich alle für oder wider den Kommunismus entscheiden müssen, dafür wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen.

Der sogenannte deutsch-russische Zwischenfall ist noch in aller Erinnerung. Die Flucht des verhafteten Rosenhard in dem Gebäude der russischen Handelsvertretung in der Lindenstraße zu Berlin hatte Kriminalkommissar Weiß Getreidestoff gegeben, einmal ungekostet Einblick in diejenigen Akten der Handelsvertretung zu nehmen, die ihm sonst nicht zugänglich waren. Er wurde dabei wohl von der stillen Hoffnung geleitet, umfangreiches Material über Sprengstoffverschwörungen, Chefers-Affären zu bekommen. In dieser Hinsicht muß er sich wohl geirrt haben. Denn obwohl damals Schränke und Schubladen von seinen Grünen, angeblich bei der Suche nach dem verewandenen Rosenhard, in der rücksichtslosesten Weise erbrochen wurden und Papiere und Akten aufbewahrt zur sogemeren Durchsicht ins Präsidium geschickt wurden, hat man von dem „Material“, über das die Berliner Presse bereits Schossengeschichten zu berichten wußte, nichts wieder gehört.

Dagegen haben es die Moskauer damals angemessen verstanden, den Zwischenfall politisch auszunutzen. Erstens bot der Zwischenfall den deutschen Moskauern ein vorzügliches Fragestammaterial, das in bezug auf die damals stattfindenden Wahlen doppelt willkommen. Soweit die Agitation gegen Herrn Weiß, das Amtverfüge Amt und die Regierung ging, war nichts dazu zu sagen. Die Art, in der der Proletariat dagegen die Angelegenheit nahe gebracht werden sollte, war in der Arbeit und Dummheit ihrer Demagogie schließend nicht zu überbieten. Man stellte damals Rußland als kriegsreiches Land hin, das dem deutschen „Volke“ „billige“ Getreide liefere. Die Unfähigkeit der deutschen Regierung sei schuld, wenn dieses „billige“ Getreide jetzt nicht mehr dem deutschen Proleten zugute komme, denn Rußland werde infolge des Vertragsfalls nach Deutschland vertrieben sein.

Die (deutsche) Regierung will uns die billigen russischen Lebensmittel nehmen“ soterio damals die „Rote Fahne“. Der logische Aufbau dieser Agitation war zwingend — komisch und wäre völlig der SPD. würdig gewesen. In der Tat machte Rußland damals fast alle seine Handelsvertretungen in Deutschland zu, annullierte die Lieferungsverträge, nach denen es Deutschland noch ziemlich langfristige Getreide zu liefern hatte, dirigierte schwimmende Getreidewagen nach Rotterdam und London und zog die Pelzbestände von der Königsberger Masse zurück. Verträge außerdem von der Königsberger vollen Genugung und Anerkennung der Exterritorialität der Handelsvertretungen. Daß es sich um belangreichen Umgruppierungen lediglich aus dem Gefühl der „gekürzten Lebenserwartung“ entschlossen hatte, war dem nüchternen realpolitischen Sinn der Russen nicht ausstranen.

Die wahren Gründe ließ die „Rote Fahne“ in der Nummer vom 6. Mai unvorsichtigerweise durchschimmern: „Rußland ist auf das Wohlwollen der deutschen Regierungstellen nicht angewiesen. Es kann, dank seiner revolutionären Machtstellung die imperialistischen Rivalitäten ausnutzen und morgen vielleicht mit Holland, Belgien oder England vorteilhafte Geschäfte abschließen.“ Wir schreiben damals in der „KAZ“ (Nr. 36): „Rußland hatte sich auf längere Zeit vertraglich verpflichtet, Deutschland Getreide zu billigen Preisen zu liefern. Inzwischen haben die Weltmarktpreise angezogen, was Rußland infolge der deutschen Verträge nicht erlauben konnte. Der Zwischenfall in der Lindenstraße kam ihm daher äußerst gelegen. Und es werden morgen „Holland, Belgien oder England“ sein, mit denen man „vorteilhafte“ Geschäfte in russischen Getreide abschließen wird. Auch die Pelze werden nach England gehen, da man dort bessere Preise zu erzielen hofft. Der deutsche Arbeiter wird also nicht nur um die billigen russischen Lebensmittel“ kommen, auch der schöne Nerpel wird ihm aus der Nase gehen, den die russische Regierung ihm so gern geschenkt hätte.“

Dieser Zwischenfall ist nun nach einem endlosen Notewechsel dieser Tage erledigt worden und zwar durch Nachgeben von beiden Seiten. Die Forderung Rußlands auf prinzipielle Anerkennung der Exterritorialität der Handelsvertretung ist nicht in vollem Umfang durchgedrückt worden. Die deutsche Regierung hat die Exterritorialität zunächst nur in bezug auf die erste Etage, in der sich die Büroposten der sowieso unantastbaren russischen Vertreter befinden, jetzt aber nach langem erbiterten Schriftwechsel auch auf die zweite Etage zugestanden. Die SPD. feiert dies in ihrer Presse als einen „vollen Sieg der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung gegenüber der deutschen Bourgeoisie“. Sie verschweigt dabei ganz, daß Rußland schließlich diesen Zwischenfall wiederholt erklärt hat, daß allen Angehörigen und Beamten der Handelsvertretung verboten sei, an dem innerparteilichen Leben Deutschlands irgendwie Anteil zu nehmen und daß man für Inhabung des Verbotssorge tragen werde.“ Gewiß, niemand wird dieser platonischen Erklärung einen großen Wert beimessen. Aber wenn die Rechtspresse ihrerseits von einer diplomatischen Niederlage der deutschen Außenpolitik und von einer Gefährdung, wenn nicht Preis-